



Die Einführung des Betreuungsgeldes ist richtig und verfassungsgemäß

Die Einführung des Betreuungsgeldes ist richtig und verfassungsgemäß. Gleichbehandlung gewährleisten, elterliche Entscheidung respektieren. Heute fand die Anhörung des Familienausschusses des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf zur Einführung eines Betreuungsgeldes statt. Dazu erklären die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dorothee Bär, und der Obmann im Familienausschuss, Markus Grübel: "Die Anhörung hat deutlich gezeigt, dass die Einführung des Betreuungsgeldes Gerechtigkeit für alle Eltern schafft und sich der Gesetzgeber bei der Einführung des Betreuungsgeldes auf eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts berufen kann. Das Gericht hat den Staat dazu verpflichtet, die tatsächlichen Voraussetzungen für die Betätigung der Gestaltungsfreiheit in Familie und Kinderbetreuung zu schaffen. Die Anhörung widerlegte die selbsternannten Bindungs- und Bildungsexperten, die uns vorgeworfen haben, den Kindern Bildungschancen vorzuenthalten, wenn das Betreuungsgeld Eltern künftig eine Alternative zur Krippe eröffnet. Selbst Experten, die von der Opposition benannt wurden, mussten eingestehen, "dass es nicht in erster Linie das Setting Familie, Krippe oder Tagespflege an sich ist, was zu Unterschieden in der kindlichen Entwicklung führt", sondern die "Qualität der Betreuung, Ansprache und Anregung." Unsere Auffassung ist bestätigt worden, dass kompetente Eltern, das, was Erzieherinnen und Erzieher den Kindern in staatlichen Betreuungseinrichtungen vermitteln, mindestens ebenso gut leisten. Der Bindungsforscher und Kinderarzt Dr. Rainer Böhm stellte fest: "Das mit Abstand wichtigste System kindlicher Frühförderung ist die eigene Familie". Jede Betreuungsform, die Eltern wählen, kann also genau die richtige sein. Daher ist es auch richtig, mit dem Betreuungsgeld endlich volle Gleichbehandlung zu gewährleisten, die die elterliche Entscheidung respektiert. Und auch Kinder aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien profitieren in den ersten Lebensjahren davon, dass ihr Bedürfnis nach verlässlicher familiärer Bindung befriedigt wird. Auch für diese Kinder, das bestätigten Experten in der Anhörung mit Hinweis auf Daten der OECD und des Nationalen Bildungsberichts, genügt eine vorschulische Betreuungsdauer zwischen zwei und drei Jahren, um Vorteile in der Bildungsbiographie zu erzielen. "Da das Betreuungsgeld einer dreijährigen vorschulischen Betreuung und Bildung nicht entgegensteht, sind keine negativen Auswirkungen auf das formale Bildungsniveau zu erwarten", so Dr. Rainer Böhm." Kontakt: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Deutschland, Telefon: 030/227-52267, Telefax: 030/227-56115, Mail: fraktion@cducsu.de, URL: <http://www.cducsu.de>,  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=507843 width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.